
Michael Heine/Dieter Scholz

Makroökonomische Rahmenbedingungen eines Bündnisses für Arbeit



Prof. Dr. Michael Heine, geb. 1950 in Hagen, Ausbildung zum Speditionskaufmann, Studium der Volkswirtschaftslehre in Berlin, lehrt Makroökonomie an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin



Dieter Scholz, geb. 1947 in Berlin, Ausbildung zum Elektromechaniker, Studium der Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Berlin, leitete seit 1992 das Berliner Büro des Vorstands der IG Metall und ist seit 1998 Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg.

Mittlerweile zeichnen sich die inhaltlichen Konturen des Bündnisses für Arbeit ab: Im Zentrum werden wohl die Bemühungen zur Lösung von arbeitsmarktpolitischen Problemen stehen. Es geht offensichtlich vorrangig darum, ein gegebenes Arbeitsvolumen möglichst sinnvoll auf die Bevölkerung aufzuteilen, um damit nachhaltige Effekte beim Abbau der Arbeitslosigkeit zu erzielen.

Ökonomische Strategien, die darauf abzielen, das Beschäftigungsvolumen insgesamt mit Hilfe einer entsprechenden Makropolitik auszuweiten, sollen, so wie es bislang aussieht, nicht im Bündnis für Arbeit entwickelt und kooperativ umgesetzt werden. Bekanntlich setzt eine Ausweitung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens Wachstumsraten des Sozialprodukts voraus, die oberhalb der Produktivitätszuwächse liegen. Der thematischen Ausgrenzung der Makropolitik scheint die Vermutung zugrunde zu liegen, dass „die klassischen Instrumente der Makrosteuerung wie Geld- oder Fiskalpolitik nicht mehr funktionieren“, sodass man sich „den strukturellen Problemen zuwenden“ muss.¹ Außerdem entspricht diese Selbstbeschränkung den institutionellen Strukturen hierzulande, wonach die Tarifpolitik für die Einkommensverteilung, die Zentralbank für die Geldpolitik und die

1) Siehe „Die Zeit“ v. 1.10.1998

Bundesregierung für die Konjunkturpolitik zuständig sein sollen, während die Arbeitsmarktpolitik eher eine Querschnittsaufgabe darstellt.

Im folgenden wird versucht zu zeigen, dass diese Form der Problemseparierung den ökonomischen Strukturzusammenhängen kaum gerecht wird. Sollten wir mit dieser Einschätzung richtig liegen, dann droht das Bündnis für Arbeit die hohen öffentlichen Erwartungen in bezug auf einen Abbau der Massenarbeitslosigkeit nicht erfüllen zu können. Dessen ungeachtet ist nicht zu bestreiten, dass auch arbeitsmarktpolitische Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien und der Bundesregierung nützlich sind und einen positiven Beitrag zur prekären Arbeitsmarktlage leisten. Solche Übereinkünfte sind gewiss notwendig; hinreichend sind sie allerdings nicht. Unsere Bedenken sollen mit Hilfe von Thesen erläutert werden.

Investitionsverhalten

Erstens reicht eine Konzentration auf arbeitsmarktpolitische Themen im engen Sinne keinesfalls aus, um Massenarbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen. Sicherlich ist es notwendig, beispielsweise dafür zu sorgen, dass Schulabgänger einen Ausbildungsplatz bekommen und dass ältere Arbeitnehmer eher als vorgesehen freiwillig aus dem Arbeitsleben ausscheiden können, ohne zum „Sozialfall“ zu werden. Allerdings wird man mit diesen und ähnlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen keine echte Kurswende auf dem Arbeitsmarkt einleiten können. Denn zu einem durchgreifenden Abbau der Arbeitslosigkeit wird es erst durch eine wirtschaftliche Entwicklung kommen, bei der die Wachstumsraten des Sozialprodukts höher liegen als die der Produktivität. Eine solche Entwicklung ist allerdings politisch nicht beliebig herstellbar, da sie vor allem davon abhängt, ob Unternehmen auch tatsächlich investieren. Das wiederum setzt grundsätzlich positive Zukunftserwartungen der Unternehmen voraus. Diese werden keinesfalls nur von den erwarteten Lohnentwicklungen geprägt, sondern auch von den Erwartungen bezüglich der Zinsentwicklung, der Absatzchancen oder der Wechselkursveränderungen. Aus dem „Gesetz“, wonach die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes letztlich vom Investitionsverhalten der Unternehmen abhängt, gibt es in kapitalistisch verfassten Machtökonomien kein Entrinnen. Allerdings können zumindest in hoch entwickelten Volkswirtschaften auf wirtschaftspolitischer Ebene Marktkonstellationen etabliert werden, die chancenreicher sind als andere, eine expansive wirtschaftliche Entwicklung einzuleiten. Umgekehrt können auch ausgesprochen wachstumsfeindliche Marktkonstellationen aufgebaut werden.

Eine typische Marktkonstellation, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu steigender Arbeitslosigkeit führt, liegt vor, wenn inflationäre Prozesse zu entsprechenden Lohnforderungen führen, die ihrerseits wieder inflationär wirken. Im Ergebnis eines solchen Aufschaukelungsprozesses kommt es zu einer Gefährdung der Geldwertstabilität. In diesem Fall muss die Zentralbank früher oder später mit steigenden Refinanzierungzinssätzen reagieren, die ihrerseits zu einer Anhebung des Zinsniveaus in der Volkswirtschaft insgesamt führen. Steigende Zinssätze lassen aber immer weniger Investitionsprojekte Erfolg versprechend erscheinen, da die erwartete Gewinnmarge einer Realinvestition mindestens dem Zinssatz entsprechen muss. Aus diesem Grunde sinkt bei steigenden Zinssätzen regelmäßig das Investitionsvolumen und die Volkswirtschaft gerät in eine konjunk-

turelle Abwärtsbewegung. Jede zyklische Krise der Bundesrepublik Deutschland wurde im übrigen so eingeleitet. Dieser skizzierte Zusammenhang lässt sich empirisch auch im internationalen Maßstab belegen.² Umgekehrt bietet eine Marktkonstellation Aussicht auf Erfolg, wenn eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik der Tarifparteien die Stabilität des Preisniveaus sichert und die Zentralbank so von ihrer Aufgabe entlastet, für stabiles Geld zu sorgen. Natürlich muss die Zentralbank ihrerseits auch bereit sein, diese Rahmenbedingung für eine Politik niedriger Refinanzierungszinssätze zu nutzen.

Zins- und Geldpolitik

Dies leitet zur zweiten These über: Leider hat es die deutsche Zentralbank in der Vergangenheit immer wieder versäumt, in Situationen, die kein Inflationspotential aufwiesen, für niedrige Realzinssätze zu sorgen. In diesem Sinne hat sie zwar erfolgreich die Inflation begrenzt, allerdings um den Preis ständig steigender Arbeitslosenzahlen. Selbstverständlich garantieren niedrige Refinanzierungszinssätze noch keinen Aufschwung, da in das Investitionskalkül von Unternehmen nicht nur Zinssätze eingehen. Insofern ist die Macht einer Zentralbank asymmetrisch: Sie kann mit einer restriktiven Geldpolitik jeden Aufschwung stoppen, nicht aber umkehrt jede Krise in einen Aufschwung überführen. Gleichwohl kann sie Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklungen setzen, die Wachstum eher fördern bzw. behindern. Die deutsche Zentralbank hatte sich bis zur Etablierung der Europäischen Zentralbank für die zweite Variante entschieden. Denn obwohl von der Lohnpolitik in den letzten Jahren absolut kein inflationärer Impuls ausging - im Gegenteil -, ist sie nicht bereit, ihre Zinssätze zu senken. Daher war die Kritik beispielsweise vom Bundesfinanzminister Lafontaine an der Zentralbank verständlich. Es ging nicht etwa darum, mehr Inflation zuzulassen, um mehr Beschäftigung zu bekommen, was sich im übrigen immer als illusionäre Strategie erwiesen hat, da kein arbeitsmarkt- oder sozialpolitisches Problem mit Hilfe einer Taktbeschleunigung der Notenpresse gelöst werden kann. Stattdessen sollte die gegenwärtige Situation, in der kein Inflationspotential existiert, für niedrige Realzinssätze genutzt werden. Anderenfalls werden ohne Not Wachstumschancen verspielt. Es bleibt abzuwarten, ob der Europäischen Zentralbank eine Geldpolitik mit mehr Augenmaß gelingt. Erfreulich ist, dass sie auf die temporäre Schwäche des Euro nicht sogleich mit einer restriktiven Geldpolitik reagiert hat.

Vor diesem Hintergrund würden Zentralbanken grundsätzlich mit an den Bündnistisch gehören. Dabei kann es nicht darum gehen, die Unabhängigkeit der Zentralbank zu unterminieren. Das anzustrebende Ziel wäre die zinspolitische Nutzung der geldpolitischen Spielräume, die sich über eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik ergeben. Allerdings haben sich ab Anfang 1999 - wie gesagt - die Spielregeln geändert, da die Geldpolitik in den Teilnehmerstaaten an der Währungsunion von der Europäischen Zentralbank betrieben wird. Da es keine gemeinsame Tarif- und Fiskalpolitik für alle Mitgliedsländer gibt, existieren unterschiedliche Makroebenen, die es faktisch unmöglich machen, die Geldpolitik in ein nationales Bündnis für Arbeit zu integrieren. Mögliche Gestaltungsspielräume werden so vorerst eingeschränkt und eine weitere „Sachzwanglogik“ entsteht.

2 Vgl. E. Phelps, *Structural Slumps. The Modern Equilibrium Theory of Unemployment, Interest and Assests*, Cambridge/London 1994, S. 317.

Fiskalpolitik

Drittens müssen die staatlichen Instanzen ihren Beitrag zu einer Wachstumspolitik leisten. Dabei geht es nicht um eine stetige Erhöhung der Staatsverschuldung im vermeintlichen Interesse einer Nachfrageausdehnung. Denn wenn die Nettoneuverschuldung überzyklisch schneller wächst als das Sozialprodukt und folglich als die Steuereinnahmen, werden aufgrund der wachsenden Gesamtverschuldung die politischen Handlungsspielräume des Staates zunehmend eingegrenzt. Funktional wäre eine Fiskalpolitik, die konjunkturbedingte Schuldenzuwächse hinnimmt. Diese Zuwächse durch Ausgabenreduktionen kompensieren zu wollen, kommt dem Versuch gleich, Wasser mit dem Schaumlöffel zu schöpfen. Denn eine Rückführung der Ausgaben im Zeichen der Krise verschärft nur den konjunkturellen Abschwung und untergräbt zugleich die steuerlichen Einnahmequellen. In diesem (aber nur in diesem) Sinne sind Staatsverschuldungen ein Resultat des Marktgeschehens und von Finanzministern faktisch nicht zu beeinflussen. Umgekehrt dürfen in Prosperitätsphasen konjunkturell bedingte Mehreinnahmen nicht dazu führen, nun „aus dem Vollen zu schöpfen“. Sie sind zur Konsolidierung der Staatsfinanzen einzusetzen. Gegen eine solche antizyklische Fiskalpolitik wurde gerade in Deutschland in den letzten Jahren immer wieder verstoßen.

Die bisherigen Überlegungen zeigen als erstes Fazit, dass sich die makroökonomischen Instanzen in den letzten Jahren keinesfalls wachstums- und beschäftigungskonform verhalten haben. Die mangelhaften Erfolge in der Beschäftigungspolitik spiegeln diese verfehlte Wirtschaftspolitik wider. Es bleibt zu hoffen, dass das Bündnis für Arbeit die hier diskutierten Zusammenhänge nicht tabuisiert, sondern auf eine funktionale Politik der makroökonomischen Instanzen drängt. Andernfalls dürften sich beschäftigungspolitische Erfolge in sehr engen Grenzen halten.

Lohnpolitik

Viertens geht allerdings kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass eine wachstumsfreundliche Marktkonstellation ohne eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik nicht zu erreichen ist. Dies soll zunächst unter rein binnenwirtschaftlichen Aspekten verdeutlicht werden; auf die außenwirtschaftlichen Konsequenzen gehen wir später ein. Sofern die Gewerkschaften versuchen sollten, durch Lohnabschlüsse oberhalb der Produktivitätsfortschritte eine Umverteilungspolitik durchzusetzen - mit der man aus sozialen und Gerechtigkeitserwägungen durchaus sympathisieren kann -, führen üblicherweise die so gestiegenen Kosten der Unternehmen zu Preiserhöhungen und somit zu inflationären Impulsen. Die dadurch ausgelöste Gefährdung der Geldwertstabilität ruft - in Deutschland alle Mal - recht schnell die Zentralbank auf den Plan, die mit einer restriktiven Geldpolitik die Inflation bekämpft, indem sie eine ökonomische Wachstumskrise erzwingt.

Auch der umgekehrte Weg, durch Tarifabschlüsse unterhalb des Produktivitätswachstums die Beschäftigung erhöhen zu wollen, erweist sich - von spezifischen Ausnahmen abgesehen, auf die wir noch zurückkommen werden - als Sackgasse. Denn die gesunkenen Kosten führen unter Wettbewerbsbedingungen nicht etwa zu mehr Beschäftigung, son-

dern zu Preissenkungen. Hierauf hat Keynes bereits vor mehr als sechzig Jahren vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise eindringlich und mit völlig plausiblen Argumenten aufmerksam gemacht. Diese Erkenntnis wurde mittlerweile leider wieder weitgehend verdrängt. Dies ändert freilich nichts daran, dass Lohnsenkungen nicht zu mehr Beschäftigung führen, sondern die Gefahr einer deflationären Entwicklung heraufbeschwören. Deflationen sind für Ökonomien völlig dysfunktional, da sie makroökonomisch zwingend zu Verlusten des Unternehmenssektors führen und somit die Investitionsdynamik zum Erliegen bringen.

Die bisher dargestellten Überlegungen schließen nicht aus, dass innerhalb eines Währungsraums jene Unternehmen oder Regionen, die lohnpolitische Zugeständnisse durchzusetzen in der Lage sind, ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Unternehmen ausbauen können, denen dies nicht gelingt. Makroökonomisch ist so allerdings nichts gewonnen, da jene die Marktanteile gewinnen, die diese verlieren. Insgesamt würde eine solche Lohnpolitik die Unsicherheit in der Ökonomie erhöhen, und sie ist deshalb grundsätzlich abzulehnen.

Im Ergebnis zeigt sich, dass es - entgegen den Vermutungen des „gesunden Menschenverstandes“ - makroökonomisch keinen Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung gibt. Es ist schon erstaunlich, wie schwer sich zahlreiche „Wirtschaftsexperten“ mit dieser Erkenntnis tun, obwohl sie sowohl durch theoretische als auch durch empirische Analysen gestützt wird. Vor allem in der so genannten Cambridge-Cambridge-Debatte der sechziger Jahre konnte logisch zweifelsfrei gezeigt werden, dass im allgemeinen Fall Lohnsenkungen (Lohnerhöhungen) keinesfalls zu einer arbeitsintensiveren (kapitalintensiveren) Technikwahl in der Volkswirtschaft führen müssen. Es kann sogar so sein, dass ein steigender (sinkender) Lohn mit einer arbeitsintensiveren (kapitalintensiveren) Technik einhergeht³. Damit aber gibt es keinen Zusammenhang mehr zwischen Lohnhöhe und Beschäftigungsniveau. Auch mit Hilfe empirischer Studien lässt sich dies sehr plausibel nachweisen⁴. Im Ergebnis bestimmt also das Lohnniveau nicht das Beschäftigungsvolumen, sondern das Preisniveau.

Lohnnebenkosten

Fünftens resultiert aus diesen Überlegungen, dass auch der vermeintliche beschäftigungspolitische Königsweg, nämlich mit Hilfe einer Senkung der Lohnnebenkosten zu einer arbeitsintensiveren Technik und folglich zu mehr Beschäftigung zu kommen, schnell zur Sackgasse werden kann. Es ist schon erstaunlich, dass zahlreiche Linke eine Lohnsenkung im Interesse eines Abbaus der Arbeitslosigkeit ablehnen, gleichzeitig aber eine Senkung der Lohnnebenkosten, beispielsweise als Nebeneffekt einer ökologischen Steuerreform, begrüßen. Wenn es eine Beziehung zwischen Lohnnebenkosten und Beschäftigung gibt, dann gibt es sie auch zwischen Lohnkosten und Beschäftigung. Dies wird von uns aller-

3 Vgl. M. Heine/Herr, Volkswirtschaftslehre. Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie, Kap. 3.3, München/Wien 1999.

4 Vgl. H. Flassbeck, Reallöhne und Arbeitslosigkeit – Eine einfache empirische Widerlegung der neoklassischen Beschäftigungstheorie, in: WSI-Mitteilungen, Heft 4/1998.

dings bestritten. Denn sinken bei den Unternehmen die Lohnnebenkosten, ohne dass als Ausgleich andere Kosten (z.B. Steuern auf den Umweltverbrauch) steigen, so ist nicht zu erkennen, worin der beschäftigungspolitische Unterschied zu ganz gewöhnlichen Lohnsenkungen liegen könnte.

Eine Strategie, die die Lohnnebenkosten senken will, muss natürlich auch die Frage beantworten, wie die finanziellen Ausfälle etwa bei der Rentenversicherung zu bezahlen sind. Mit Hilfe der Zusatzeinnahmen aus einer ökologischen Steuerreform ist dies nur temporär möglich, da die zusätzlichen staatlichen Einnahmen parallel zur erhofften Wirksamkeit der Steuer zurückgehen. Folglich müssen neue Finanzierungsquellen erschlossen werden, wenn die Leistungen etwa der Versicherungsträger nicht reduziert werden sollen. Daher führt eine Senkung der Lohnnebenkosten vor allem zu einer veränderten Verteilung in der Gesellschaft, da nunmehr andere oder zusätzliche Wirtschaftssubjekte für die Finanzierung aufkommen müssen. Als Nebenergebnis zeigt sich auch hier, dass es keinen Sinn macht, zwei wirtschaftspolitische Ziele (z.B. Senkung des Energieverbrauchs und zusätzliche Beschäftigung) mit einem Instrument erreichen zu wollen.

Wechselkurse

Sechstens: Werden weltmarktpolitische Zusammenhänge berücksichtigt, so ändert sich grundsätzlich nichts an der Bedeutung einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik in hoch entwickelten Ökonomien, und zwar unabhängig vom jeweiligen Wechselkurssystem.

Unterstellen wir modellhaft zunächst flexible Wechselkurse und ein Land, das - im Unterschied zu allen anderen Ländern - die Produktivitätszuwächse nicht für Lohnerhöhungen nutzt. In diesem Fall sinken die Lohnstückkosten und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit steigt. Dies wiederum führt zur Aufwertung der eigenen Währung, sodass die Lohnstückkosten, gemessen in einer einheitlichen Währung, steigen. Die Strategie des Lohnverzichts führt letztlich nicht zum erhofften Ziel. Dieses Szenario entspricht im Kern der außenwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und, bis zum Beginn der neunziger Jahre, Japans seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems. Umgekehrt führt eine auf Umverteilung zielende Lohnpolitik zu höheren Inflationsraten als in den Wettbewerbsländern. Im Ergebnis verlieren die Unternehmen an Konkurrenzfähigkeit. Es kommt zur Abwertung und einem daraus resultierenden weiteren inflationären Impuls. Die Reallöhne sinken, sodass das Ziel der Umverteilungspolitik verfehlt wird.

Wie sehen die skizzierten Zusammenhänge unter den Bedingungen fester Wechselkurse aus? Auch in diesem Fall kann es nur um eine modellhafte Betrachtung gehen. Unterstellen wir auch hier ein Land, das mittels einer zurückhaltenden Lohnpolitik zu sinkenden Lohnstückkosten kommt. Die Leistungsbilanzüberschüsse steigen. Dies führt spiegelbildlich zu Leistungsbilanzdefiziten in den restlichen Ländern. Um der so wachsenden Verschuldung zu entgehen, müssen die Leistungsbilanzdefizitländer entweder ebenfalls eine restriktive Lohnpolitik betreiben oder das System fester Wechselkurse wird gesprengt. Der umgekehrte Fall einer Umverteilungspolitik erschließt sich von allein.

Spielen wir drittens noch die Politik der Lohnzurückhaltung unter den Bedingungen einer einheitlichen Währung, beispielsweise des Euro, durch. Auch in diesem Fall steigt die Wettbewerbsfähigkeit. Wechselkursveränderungen sind definitionsgemäß ausgeschlos-

sen, sodass das betrachtete Land zu höherem Wachstum und entsprechenden Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt kommt. Diese Erfolge gehen freilich zu Lasten der anderen Länder, sodass die regionalen Disparitäten im Währungsraum zunehmen. Die betroffenen Länder stehen nun vor der Entscheidung, ebenfalls eine Politik der Lohnzurückhaltung zu betreiben oder steigende Arbeitslosenzahlen zu akzeptieren. Entscheiden sie sich für eine restriktive Lohnpolitik, so werden die Wettbewerbsnachteile beseitigt. Sofern das „Spiel“ nun erneut beginnt, laufen die Ökonomien Gefahr, in einen desaströsen Lohnsenkungswettlauf zu geraten. Man sieht: An einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik führt kein Weg vorbei.

Lohnhöhe und Beschäftigung

Siebtens zeichnet sich bereits zu diesem Zeitpunkt ab, dass die Gewerkschaften im Rahmen des Bündnisses für Arbeit lohnpolitisch unter Druck geraten werden. Dies ist die notwendige Konsequenz einer gewerkschaftlichen Orientierung nicht nur in Deutschland, die offenbar zunehmend geneigt ist, den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung zu akzeptieren⁵.

Eine solche Akzeptanz ist auch deshalb verblüffend, weil gerade in Westdeutschland - die neuen Bundesländer sind noch immer durch historisch äußerst spezifische Konstellationen geprägt, die im Unterschied zu Westdeutschland in der Tat eine Standortkrise zeigen - die lohnpolitische Zurückhaltung der letzten Jahre beschäftigungspolitisch keine Erfolge gebracht hat. Hier haben die Nettoeallöhne von 1991 bis 1997 in etwa stagniert (-0,2 Prozent). Dessen ungeachtet ist das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Zeitraum im Jahresdurchschnitt lediglich um etwa 1,5 Prozent gestiegen. Da sich gleichzeitig die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen um rund 2,8 Prozent erhöht hat, sind die geleisteten gesamtgesellschaftlichen Arbeitsstunden um gut 1 Prozent gesunken. Auch im internationalen Vergleich haben sich seit Jahren die in nationaler Währung gemessenen Lohnstückkosten in Westdeutschland unterdurchschnittlich entwickelt. Allerdings wurde dieser „Erfolg“ durch die stetige Aufwertung der D-Mark wieder zunichte gemacht. Die Beschäftigungsprobleme resultieren zumindest in Westdeutschland also keinesfalls daraus, dass die Lohnabschlüsse maßlos gewesen sind und die internationale Wettbewerbsfähigkeit untergraben haben. Als strategische Konsequenz ergibt sich die Notwendigkeit einer strikten Forderung, Lohnsenkungen im vermeintlichen Interesse der Arbeitslosen zurückweisen. Forderungen dieser Art werden gerade im Zusammenhang mit dem Bündnis für Arbeit zunehmen. Diesem Druck dürfen die Gewerkschaften nicht nachgeben.

5 Vgl. hierzu beispielsweise die Beiträge von Harald Schartau und Anke Hassel in Gewerkschaftliche Monatshefte 10/98.

Lohnsenkungswettlauf

Achtens: Allerdings lässt sich eine solche lohnpolitische Orientierung unter den Bedingungen fester Wechselkurse faktisch nicht durchhalten, wenn in ökonomisch vergleichbaren Ländern versucht und zuweilen sogar zwischen den Bündnisparteien vereinbart wird, dass die eigenen Lohnstückkosten dauerhaft um einen bestimmten Prozentsatz unterhalb derer der Wettbewerbsländer zu halten. Das sah z.B. eine Vereinbarung im Rahmen des niederländischen Bündnisses für Arbeit vor. Diese „beggar my neighbour“-Politik wurde tatsächlich durchgehalten, sodass die Niederlande seither eine noch günstigere Entwicklung der Lohnstückkosten aufweisen als die Bundesrepublik Deutschland und damit als nahezu alle anderen vergleichbaren Ökonomien. Da sie gleichzeitig den Gulden an den Wert der D-Mark gekoppelt haben, ergab sich real eine Abwertung des Gulden und somit eine gestiegene internationale Wettbewerbsfähigkeit⁶. Demnach kann eine lohnpolitische Zurückhaltung die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, sofern der Lohnstückkosteneffekt nicht durch eine Aufwertung zunichte gemacht wird. Diesem Szenario entsprechen Lohnsenkungen in einzelnen Unternehmen bzw. Regionen innerhalb eines einheitlichen Währungsraums bzw. unter den Bedingungen definitiv fester Wechselkurse. Sofern ein kleines Land eine solche, die eigenen Arbeitsmarktprobleme auf andere Länder abwälzende Politik betreibt, mögen die daraus resultierenden Destabilisierungspotentiale für den Weltmarkt begrenzt bleiben. Sofern freilich andere, vor allem wirtschaftlich große und dominante Ökonomien nachziehen, werden Abwertungswettläufe unvermeidbar. Dies würde zwingend eine Zerrüttung der weltwirtschaftlichen Ordnung zur Folge haben.

Bislang wurden derartige, nicht zuletzt auch von Deutschland vollzogene Lohnstrategien dadurch zunichte gemacht, dass die Währungen dieser Länder aufwerten mussten. Dieser Mechanismus fällt unter den Bedingungen des Euro weg, sodass sich die Anreize erhöhen werden, durch Lohndumpingstrategien die eigenen Arbeitsmarktprobleme zu lösen. Freilich werden jene Länder oder Regionen, die beschäftigungspolitisch negativ betroffen sind, diesem Spiel nicht tatenlos zusehen, sodass die Gefahr von Lohnsenkungswettläufen steigt. Letztlich lassen sich diese Gefahren nur minimieren, wenn es eine abgestimmte Tarifpolitik in den Mitgliedsländern der Wirtschafts- und Währungsunion gibt. Erste Schritte einer stärkeren Koordination der Lohnpolitik wurden mittlerweile getan, reichen aber längst noch nicht aus⁷.

Alles in allem zeigt sich, dass eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik eine adäquate Wirtschaftspolitik der makroökonomischen Akteure einer Volkswirtschaft voraussetzt. Ein Bündnis für Arbeit, das seinem Namen gerecht werden will, muss - bei aller Relevanz von arbeitsmarktpolitischen Übereinkünften im Interesse von Betroffenen - einen Beitrag zur Herstellung einer wachstumsfreundlichen Marktconstellation leisten. Wahrscheinlich ist es richtig, zunächst einmal mit Problemfeldern zu beginnen, die nicht zu konfliktbeladen sind und auf denen auch in kurzer Frist erste Erfolge erzielbar sind. Allerdings darf ein Bündnis für Arbeit dabei nicht stehen bleiben.

6 Vgl. J. Volz, Können die Niederlande ein beschäftigungspolitisches Vorbild für Deutschland sein?, in: Scherrer u.a. (Hrsg.), Von den Nachbarn lernen. Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa, Marburg 1998

7 Vgl. H. Schartau, Bündnis für Arbeit und europäische Gewerkschaftsperspektiven, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/98